

Protokoll

über die am 28. Dezember 1905 im neuen Landtagssaale zu Vaduz abgehaltene Landtagssitzung.

Anwesend sind der Herr Regierungskommissär fstl. Kabinettsrat v. IN DER MAUR sowie sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme FALK's.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und erteilt das Wort dem Herrn Regierungskommissär. In einer mit Beifall aufgenommenen Ansprache weist der H. Reg.-Kommissär hin auf den heutigen denkwürdigen Tag; er erörtert die durch verschiedene Mißstände hervorgerufene Notwendigkeit eines neuen, den Zeitumständen entsprechenden Amtsgebäudes, berührt die Platzfrage, die Widerstände in derselben, gibt einen Überblick über die Baugeschichte des Hauses, hebt die Munificenz hervor, mit der Seine Durchlaucht Fürst Johann II. den Bau ermöglichte und förderte, gedenkt aller Organe, die das neue, schöne und praktische Gebäude fördern halfen - des Landtages und dessen Präsidenten, der Techniker, der Baukommission, der Unternehmer und Lieferanten und erklärt das neue Amtsgebäude für eröffnet.

Der Herr Präsident dankt dem Herrn Kabinettsrat für seine Rede und für seine aufopferungsvolle Betätigung bei Ausführung des Baues; er hebt insbesondere die erfolgreiche Vermittlerrolle des H. Kabinettsrates zwischen Land und Fürst hervor; er schildert die Vorzüge des neuen Hauses in praktischer und ästhetischer Hinsicht; erörtert den Wahlspruch des fürstlichen Hauses „Klar und fest“ und fordert den Landtag auf, dem Fürsten zu huldigen durch ein dreifaches Hoch, in welches begeistert eingestimmt wurde.

Es wird beschlossen, an Seine Durchlaucht ein Huldigungs- und Dankestelegramm und an Herrn Architekten Neumann ein Begrüßungstelegramm abzusenden.

II. Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

III. Der Präsident gibt die Einläufe bekannt: 1.) Petition der Gemeinde Schaan um ein 3%iges Darlehen; 2.) Antrag für eine Subvention für die Stickerei am Eschnerberg.

IV. Die Frage der Errichtung einer landschäftlichen Versicherungsanstalt gegen Brandschäden.

Nach Verlesung des bezüglichen Regierungsschreibens wurde die sehr umfangreiche einschlägige Arbeit des behördlich autorisierten Versicherungstechnikers Rudolf Landt in Wien zur Einsicht vorgelegt.

Zur Sache sprechen der Präsident:

Die Versicherungssumme für Immobilien betrage gegenwärtig mit Ausschluß der Fabriken circa 12 Millionen K. und dürfte sich mit der Mobiliarversicherung auf circa 20 Millionen K belaufen; es wäre uns am besten gedient, wenn eine Anstalt einen Vertrag mit uns eingehen würde; sollte bei Errichtung einer eigenen Versicherung in der ersten Zeit ^{größerer} ein Brand ausbrechen, so dürften wir ein schlechtes Geschäft machen; die Angelegenheit sollte der fstl. Regierung zur weiteren Verfolgung überwiesen werden.

Kaiser wünscht eine Landeskommission, um eine gleichmäßige Einschätzung der Objekte zu erzielen.

Heeb unterstützt diesen Wunsch, hält aber die ganze Angelegenheit noch nicht für spruchreif; ein und dieselbe Gesellschaft würde kaum mit uns paktieren wollen, indem ihm bekannte größere Anstalten über 60 Meter Umkreis keine Versicherungen eingehen; die Provisionen könnten zur Unterstützung der Feuerwehren verwendet werden.

Ospelt: Eine Ermäßigung der Prämien sei nicht zu erreichen, indem die Gesellschaften untereinander in einem Kartellverbände stehen; sofern durch 10 Jahre ein größerer Brand nicht vorkomme, könnte sich eine liechtensteinische Versicherungsanstalt halten; die Versicherungskosten würden sich auf keinen Fall so hoch stellen, wie Herr Landt in seiner Abhandlung sagt.

Herr Regierungskommissär ist auch für eine Landeskommission behufs gleichmäßiger Einschätzung der Objekte, warnt aber

vor der Illusion, es würden durch kleinere Verwaltungskosten die Prämien erniedrigt und weist hin auf Triesenberg; kleinere österr. Kronländer und selbst Niederösterreich hätten bis jetzt mit ihren eigenen Versicherungen ungünstige Erfahrungen gemacht.

Schließlich wird folgender Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen: "Der Landtag beschließt aufgrund des gegebenen technischen Gutachtens, bis auf Weiteres von der Gründung einer eigenen landschäftlichen Versicherungsanstalt abzu-
sehen, ersucht jedoch die fstl. Regierung, der Frage, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die gesamten landwirtschaftlichen Risiken einer einzigen Versicherungsanstalt provisionsfrei zu übertragen, näher zu treten, darüber Erhebungen zu pflegen und dem kommenden Landtage das Ergebnis und eventuelle Vorschläge mitzuteilen."

V. Prüfung der Landesrechnung.

Zur Post: Landschäftliche Pachtgefälle spricht Abgeordneter Schlegel und sagt, unterstützt von Beck, daß in den Alpenzirkeln Malbun, Saß und Guschgfiel besonders die Hirsche am ersten Grasschuß erheblichen Schaden anrichten und wünscht ein intensiveres Zurückdrängen des Wildes durch vermehrten Abschuß.

Ing. Schädler erklärt sich den gegenwärtig so vermehrten Wildstand nur durch Zuwanderung aus benachbarten Bezirken z.B. aus dem Allgäu.

Herr Regierungskommissär sagt, daß infolge der zu vergütenden Wildschäden der Fürst gewünscht und befohlen hat, den Wildabschuß zu forcieren, was auch tatsächlich geschehen sei.

VI. Regierungsvorlage bezügl. Erhöhung der Lehrergehalte:

Herr Regierungskommissär erklärt unter Hinweis auf das verantwortungsvolle Amt der Lehrer, daß der Landesschulrat einstimmig eine 15 %ige Gehaltserhöhung befürwortet, die Finanzkommission jedoch eine 10 %ige vorgeschlagen, man sich aber schließlich auf die im betreffenden Gesetze enthaltene Erhöhung geeinigt habe. Das Gesetz wird verlesen und einstimmig angenommen.

VII. Die Reorganisation der Landesschule.

Zum vierten Absatz des Kommissionsantrages bringen die 6 Abgeordneten des Eschnerberges einen Antrag ein mit Beispruch eines Lehrplanes für eine zu gründende Realschule am Eschnerberg.

Zum Antrage sprechen der H. Reg.-Kommissär, Schulkommissär, Ing. Schädler und der Präsident in dem Sinne, daß der Antrag zu wenig präzisiert sei.

Abg. Kaiser erklärt, gegen den ganzen Kommissionsantrag stimmen zu wollen, sofern nicht dem Wunsche der Eschnerberger Abgeordneten entsprochen werde.

Abg. Kind ist der Überzeugung, daß am Eschnerberg die gewünschte Schule nicht errichtet werde, wenn der vierte Absatz des Kom.-Antrages zum Beschluß erhoben werde.

Der Präsident weist in entschiedener Weise eine solche unlautere Unterstellung, wie sie der Abg. Kind der Finanzkommission macht, zurück, indem er annehmen müsse, die Abg. des Eschnerberges seien durch das Kom.-Mitglied Kind über den Verlauf der Kom.-Verhandlungen unrichtig informiert worden; eine Heuchelei seitens der Finanzkommission sei ausgeschlossen. Um den praktischen Beweis hiefür zu erbringen wird der Antrag gestellt, der 4. Absatz des Kommissionsantrages sei so abzuändern: "Zugleich erklärt der Landtag, daß für den Fall, daß von den unterländischen Gemeinden eine ähnliche Schule mit einem behördlich genehmigten Lehrprogramm gegründet und durch entsprechende Gemeindebeiträge finanziell gesichert würde, die Mittel für eine Lehrkraft mit dem Höchstgehalt eines Elementarschullehrers aus der Landeskasse bestritten würde."

In dieser Fassung wird der ganze Kom.-Antrag einstimmig angenommen.

VIII. Reform der Gewerbeordnung

Der Herr Regierungskommissär und der Herr Präsident betonen die Notwendigkeit der Reform der Gewerbeordnung im Gesetzeswege und es wird der Kom.-Antrag, drei Abgeordnete zu wählen, welche nach Schluß der Landtagssession mit der Regierung zusammentreten und die Beratungen über die geplante

Reform der Gewerbeordnung vorzunehmen haben, einstimmig angenommen.

Gewählt wurden: Dr. ALBERT SCHÄDLER
MEINRAD OSPELT
LORENZ KIND.

Der Herr Präsident gibt bekannt, daß anlässlich der Eröffnung des neuen Regierungsgebäudes über Rücksprache mit dem Herrn Reg.- Chef nach der Schlußsitzung am 30. Dezember ein gemeinsames Mittagessen in der Schloßwirtschaft stattfinden soll.

V a d u z , 28. Dezember 1905.

A. FEGGER m.p.

M. OSPELT m.p.

In der Sitzung vom 30. 12. 1905 genehmigt.

Dr. ALBERT SCHÄDLER m.p.